

Kleiner Infobrief 16. - 31. Juli 2018

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

am kommenden Montag (23. Juli) startet die diesjährige Sommer Bus Tour von Women in Exile and Friends unter dem Motto: "Women* Breaking Borders II - Zwei Wochen Reisen und Spaß gegen Rassismus". Die Tour endet am 5. August 2018 in Potsdam. Alle wichtigen Informationen und die Orte und Zeiten der Tour-Stationen finden Sie/findet Ihr auf der Homepage von [Women in Exile](#)

Die offene Flüchtlingsratsitzung am 25. Juli 2018 muss leider ausfallen. Wir freuen uns auf die nächste Sitzung mit Ihnen/Euch im August.

Beste Grüße,
Jürgen Weber

Neues auf der Website

Solidarisch mit der Aktion Seebrücke

Die Teilnehmenden des Sommercampus im Projekt "Brandenburg Connect" des Flüchtlingsrats Brandenburg zeigten sich solidarisch mit der [Aktion Seebrücke](#), die sich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung richtet - veröffentlicht am 9. Juli 2018: <http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/aktuelles/solidarisch-mit-der-aktion-seebruecke>

Tschetschenische Flüchtlinge wehren sich gegen unverhältnismäßigen Polizeieinsatz

Der Flüchtlingsrat unterstützt den [Offenen Brief](#) von Tschetschen_innen aus Cottbus - [Presseerklärung](#) vom 4. Juli 2018.

Offener Brief der Frauen aus der Sammelunterkunft Stolpe/Süd in Hennigsdorf

Der Flüchtlingsrat Brandenburg, die Antidiskriminierungsberatung Brandenburg der Opferperspektive und Women in Exile unterstützen einen [Offenen Brief](#) von Frauen aus der Unterkunft Stolpe-Süd/ Hennigsdorf, in dem sie ihre Situation und die Lebensbedingungen in der Unterkunft darstellen und ihre Forderung nach eigenen Wohnungen formulieren - veröffentlicht am 19. Juni 2018.

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/aktuelles/offener-brief-der-frauen-aus-der-sammelunterkunft-stolpe-sued-in-hennigsdorf>

Termine/Veranstaltungen

Save the date

30.08.2018 Hannover [Fachtagung](#) „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Migration und Menschenrechte“.

10.10.2018 Tagesveranstaltung Berlin [Fachveranstaltung](#): "Geflohen, Angekommen und dann?" - Zugänge zum Arbeitsmarkt eröffnen. Ort: Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V., Urbanstr: 21, 10961 Berlin.

Regelmäßige Termine

Begegnungscafé - Jeden Sonntag 15.30 bis 17.30 Uhr in Babelsberg, Freizeitstätte, Karl-Liebknecht-Str. 28. Immer mit einem Kulturprogramm; Kaffee und Tee frei; selbstgebackener Kuchen auf Spendenbasis. Kontakt: Kruse: 017682331500, E-Mail: [fluechtlingshilfe-kirche-babelsberg\[at\]gmx\[dot\]de](mailto:fluechtlingshilfe-kirche-babelsberg[at]gmx[dot]de)

Europäisches Grenzregime

Die Toten Europas

Die internationale Kampagne „UNITED Against Refugee Deaths“ dokumentiert seit 1993 registrierte Asylsuchende, Geflüchtete und Migrant_innen, die aufgrund der restriktiven Politik der Festung Europas zu Tode kamen. 34.361 Todesfälle von verstorbenen Geflüchteten wurden bis zum Mai 2018 dokumentiert. Die Liste (Stand 5. Mai 2018) ist als [PDF](#) abrufbar. Freirad - das Freie Radio in Innsbruck hat diese Liste für das Radio aufbereitet. Zum Nachhören auf der [Radiothek](#) der Freien Radios Österreich.

„Die Migration ist eine Herausforderung für die ganze Europäische Union, nicht nur für einzelne Mitgliedstaaten“

Die EU-Beschlüsse vom 28. Juni 2018 (in [Englisch](#) und in [Deutsch](#)).

EU-Innenministertreffen Berlin, Rom und Wien einig

Der Tagesspiegel vom 12. Juli 2018:

<https://www.tagesspiegel.de/politik/eu-innenministertreffen-berlin-rom-und-wien-einig-gegen-migranten/22794654.html>

Noch nie war das Risiko zu ertrinken für Flüchtlinge so hoch

Der Tagesspiegel vom 9. Juli 2018:

<https://www.tagesspiegel.de/politik/zentrale-route-ueber-das-mittelmeer-noch-nie-war-das-risiko-zu-ertrinken-fuer-fluechtlinge-so-hoch/22779376.html>

Keine Seenotrettung im Mittelmeer - Ende der Humanität?

ARD-Magazin Monitor am 5. Juli 2018:

<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-keine-seenotrettung-im-mittelmeer---das-ende-der-humanitaet-100.html>

Zeugen unerwünscht: Ziviles Suchflugzeug festgesetzt

Auch das zivile Aufklärungsflugzeug Moonbird wurde auf Malta festgesetzt. Das Flugzeug wird von Sea-Watch und der Schweizer Humanitären Piloteninitiative (HPI) betrieben und von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unterstützt. Das Flugzeug war 2017 an der Rettung von 20.000 Menschen beteiligt. Eine Stellungnahme von Sea-Watch vom 4. Juli 2018 als [PDF](#).

Italien

Tausende demonstrieren gegen Abschottung

Die italienische Grenzstadt Ventimiglia war früher Ziel zahlreicher Flüchtlinge, die nach Frankreich wollten - bis Paris deren Einreise stoppte. Nun demonstrierten dort Tausende Menschen gegen eine Abschottung Europas. Darüber berichteten die tagesthemen am 14.

Juli 2018 um 23:25 Uhr:

<https://www.tagesschau.de/ausland/proteste-ventimiglia-101.html>

Welche Folgen haben Zurückweisungen?

In Medienberichten hieß es, dass 87.000 Menschen im vergangenen Jahr an der italienisch-französischen Grenze zurückgewiesen wurden. Was dort passiert, verstößt gegen europäisches Recht, sagen Expert_innen. Ein Beitrag auf Mediendienst-Integration vom 28. Juni 2018:

<https://mediendienst-integration.de/artikel/welche-folgen-haben-zurueckweisungen.html>

Rechtspopulistische Lega will Roma-Zählung in Italien

Italiens Innenminister Salvini will die Sinti und Roma im Land zählen lassen. Beitrag im MiGAZIN vom 20. Juni 2018:

http://www.migazin.de/2018/06/20/empowerung-rechtspopulistische-lega-roma-zaehlung/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter

„Aprire i porti“, „öffnet die Häfen“

Italiener_innen protestieren gegen Regierung und EU-Flüchtlingspolitik, Beitrag im MiGAZIN vom 18. Juni 2018:

http://www.migazin.de/2018/06/18/oeffnet-haefen-italiener-regierung-eu/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter

Gegen „radikale linke Schickeria, die Italien in ein Flüchtlingslager verwandeln will“.

Salvini kündigt Abzug der italienischen Küstenwache aus internationalen Gewässern an. Mehr dazu auf dem Blog der Forschungsgesellschaft Flucht & Migration, 18. Juni 2018:

<http://ffm-online.org/2018/06/18/salvini-kuendigt-abzug-der-kuestenwache-aus-internationalen-gewaessern-an/>

Libyen

„Libysche Küstenwache in Menschenschmuggel involviert“

Beitrag im Online-Magazin MiGAZIN vom 4. Juli 2018:

http://www.migazin.de/2018/07/04/vereinte-nationen-tote-mittelmeer-tagen/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter

Griechenland

Der Tsipras-Merkel-Deal

Mehrwertsteuerrabatt für Griechenland als Preis für die Kanzlerschaft? Ein Kommentar zum Europäischen Rat am 29. Juni 2018 im Online-Magazin telepolis vom 30. Juni 2018:

<https://www.heise.de/tp/features/Der-Tsipras-Merkel-Deal-4095187.html>

"Die EU-Türkei Vereinbarung und die griechischen Hotspots - Ein gescheitertes Pilotprojekt der europäischen Flüchtlingspolitik"

Die Asylrechtsanwältinnen Yiota Masouridou and Evi Kyprioti haben die Auswirkungen des EU-Türkei-Deals auf die griechischen Asylverfahren und auf die Rechtsstaatlichkeit der Verfahren untersucht. [Inhaltsangabe](#) auf Deutsch.

Die gesamte Studie "The EU-Turkey Statement and the Greek Hotspots - A failed European Pilot Project in Refugee Policy" liegt nur auf Englisch vor [PDF](#). Druckfassungen der Studie können unter [eu-presse-lochbihler\[at\]gruene-europa.de](mailto:eu-presse-lochbihler[at]gruene-europa.de) bestellt werden.

„Der Knast im Knast im Knast“

Ein Artikel in der FAZ Sonntagszeitung vom 1. Juli 2018 über das Lager Moria:

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/besuch-im-fluechtlingslager-moria-auf-lesbos-15666862.html>

Algerien

Algerien schiebt Tausende Migrant_innen in die Wüste ab

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch erhebt schwere Vorwürfe gegenüber Algerien: Frauen, Kinder und Männer seien in die Wüste deportiert und der Hitze ausgesetzt worden sein. Beitrag im MiGAZIN vom 29. Juni 2018:

<http://www.migazin.de/2018/06/29/menschenrechtler-algerien-tausende-migranten-wueste/>

Ungarn

Zur Lage des Rechtsstaats in Ungarn

Das ungarische Parlament hat im Juni 2018 ein Gesetz verabschiedet, das Hilfestellung bei der Einleitung eines Asylgesuchs von nicht direkt verfolgten Personen unter Strafe stellen soll. Bei regelmäßiger Tätigkeit droht eine Freiheitsstrafe von einem Jahr. Die Venedig-Kommission des Europarates hat das Gesetz am 22. Juni 2018 scharf verurteilt, weil es weit über die Möglichkeit, Förderung von illegaler Migration mit Gewinnerzielungsabsicht unter Strafe zu stellen, hinausgeht:

https://search.coe.int/directorate_of_communications/Pages/result_details.aspx?ObjectId=09000016808b64a6

Auch das EU-Parlament beobachtet die Entwicklungen in Ungarn mit zunehmender Sorge. So hat der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Parlaments (LIBE) am 25. Juni 2018 einen Berichtsentwurf angenommen, der den Rat der EU zur Einleitung eines Art. 7 Verfahrens gegen Ungarn wegen eines Verstoßes gegen das Rechtsstaatsprinzip auffordert:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML%20COMPARL%20PE-620.837%2001%20DOC%20PDF%20V0//DE&language=DE>

Dieser Bericht muss noch im September vom Plenum des EU-Parlaments angenommen werden. Dies wäre das erste Mal, dass das EU-Parlament eine solche Forderung verabschiedet.

US-Kriegsschiff wirft 12 geborgene Tote zurück ins Mittelmeer

Vom US-Kriegsschiff „Trenton“, das Anfang Juni 41 (nach anderen Berichten 40) Boat-People gerettet und 12 Ertrunkene geborgen hat, wurden die 12 Toten nach zweieinhalb Tagen Aufbewahrung zurück ins Meer geworfen. Als Grund wurde angegeben, dass das Schiff keine entsprechenden Kühlräume habe und von Italien kein Anlandehafen angegeben wurde. Die US-Marine und die italienische Marine, die seit Jahren vor der libyschen Küste präsent sind, verfügen über Rettungshubschrauber, ein Luft-Transport von 12 Toten würde keine logistische Herausforderung darstellen. Die aktive Versenkung von tot geborgenen Bootsflüchtlingen zurück ins Mittelmeer ist ein Präzedenzfall. FFM-Online vom 14. Juni 2018:

<http://ffm-online.org/2018/06/14/us-kriegsschiff-wirft-12-geborgene-tote-zurueck-ins-mittelmeer/>

Meldungen aus Brandenburg

NPD verbreitet Informationen über Bürgerwehren in Zügen und S-Bahnen

Artikel in der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom 17. Juli 2018:

<http://www.maz-online.de/Brandenburg/NPD-ruft-zu-Patrouillen-in-S-Bahnen-und-Zuegen-auf>

Drei Bleiberechtsanträge für Opfer rechter Gewalt

Aus dem MiGAZIN vom 17. Juli 2018:

http://www.migazin.de/2018/07/17/brandenburg-drei-bleiberechtsantraege-opfer-gewalt/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter

Spuren des NSU in Brandenburg

Eine Bestandsaufnahme über die Erkenntnisse des NSU-Untersuchungsausschusses zur rechtsextremen Szene in Brandenburg in den Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 11. Juli 2018:

<http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1301605/>

Keine AnKER-Zentren in Brandenburg!

Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ appelliert an die Landesregierung und an die demokratischen Fraktionen im Landtag Brandenburg, sich gegen sogenannte AnKER-Zentren auszusprechen:

<https://www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de/keine-anker-zentren-im-land-brandenburg/>

„Wohnungsführerschein“ unter der Lupe

Nachrichten aus der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg, Juli 2018 - [PDF](#).

AfD scheitert mit Anti-Kopftuch-Antrag

Im Landtag sorgt der Antrag für Empörung und einen ungewöhnlichen Auftritt. Märkische Allgemeine Zeitung vom 2. Juli 2018:

<http://www.maz-online.de/Brandenburg/AfD-hat-mit-Anti-Kopftuch-Antrag-keine-Chance>

Flüchtlingsnachzug in Brandenburg - Im Wartemodus

Potsdamer Neueste Nachrichten vom 27. Juni 2018:

<http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1296715/>

Kundgebung in Wünsdorf zum Weltflüchtlingstag 2018

Am Weltflüchtlingstag haben Women in Exile and Friends zusammen mit der Initiative Refugee Emancipation eine Kundgebung vor dem Lager in Wünsdorf organisiert:

<https://www.women-in-exile.net/wunsdorf-weltfluchtlingstag-2018/>

Anti-Rassismus-Preis

Die Gesamtschule in Woltersheim im Landkreis Oder-Spree hat die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ erhalten. Märkische Oderzeitung vom 20. Juni 2018:

<https://www.moz.de/landkreise/oder-spree/erkner/artikel5/dg/0/1/1664196/>

Uckermärker erhalten Preis für Zivilcourage

Nordkurier vom 29. Juni 2018:

<https://www.nordkurier.de/prenzlau/uckermaerker-erhalten-preis-fuer-zivilcourage-2032354206.html>

Cottbus braucht kein Hetzbüro!

Pressemitteilung von Cottbus Nazifrei vom 14. Juni 2018 anlässlich der Eröffnung eines „Zukunft Heimat“ - Büros in Cottbuser Innenstadt.

Meldungen aus Deutschland

Situation für Asylsuchende im Tempelhofer Flugzeughangar spitzt sich zu

Beratungsstellen, der Flüchtlingsrat Berlin und weitere Initiativen fordern die sofortige Schließung der Unterkunft im Hangar 2 des ehemaligen Berliner Flughafens Tempelhof.

Presserklärung vom 15. Juli 2018.

Afghanistan, kein sicheres Land

Pressemitteilung vom 15. Juli 2018 zur ersten Bayern-weiten Afghanistan-Konferenz des Bayerischen Flüchtlingsrats, Bellevue di Monaco, Münchner Flüchtlingsrat und JoG – Jugendliche ohne Grenzen:

<https://www.fluechtlingsrat-bayern.de/beitrag/items/afghanistan-kein-sicheres-land.html>

Widerstand - Eine Geisteshaltung, die man einüben kann

Kolumne auf Spiegel.de vom 15. Juli 2018:

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/widerstand-undogmatische-menschlichkeit-bitte-kolumne-a-1218333.html>

Die Maghreb-Länder - Noch immer keine „Sicheren Herkunftsstaaten“

Pro Asyl vom 13. Juli 2018 zum erneuten Anlauf Algerien, Marokko und Tunesien als „sichere Herkunftsstaaten“ einzustufen:

<https://www.proasyl.de/news/die-maghreb-laender-noch-immer-keine-sicheren-herkunftsstaaten/>

Déja-Vu der Schande

Vom 6. bis zum 15. Juli 1938 suchten die Vertreter von 32 Staaten in Évian nach einer „Lösung“ für die jüdischen Flüchtlinge, die vor dem Naziterror flohen. Heute suchen die EU-Staaten nach einer „Lösung der Flüchtlingskrise“. Die Zeichen stehen auf Egoismus und Scheitern – wie vor 80 Jahren. Artikel von Heiko Kaufmann, langjähriger Sprecher von Pro Asyl im MiGAZIN vom 13. Juli 2018:

<http://www.migazin.de/2018/07/13/deja-vu-schande-evian-juli1938/>

Befehlsverweigerung rettet Beamtin vor Strafverfolgung

Das Verfahren gegen eine leitende Mitarbeiterin der Abschiebehafte Büren wurde von der Staatsanwaltschaft Paderborn eingestellt - weil ein untergeordneter Beamte den Befehl verweigert hatte einen Gefangenen Medikamente unter das Essen zu mischen, kam es zu keiner Straftat. Presseinformation des Vereins Hilfe für Menschen in Abschiebehafte Büren vom 13. Juli 2018. Die Einstellungsmitteilung der Staatsanwaltschaft Paderborn als [PDF](#).

Zwei Wochen Haft wegen "drohender Gefahr": bayerisches Polizeigesetze an Geflüchteten "erprobt"

In Schweinfurt wurden Ende Juni bei einem Polizeieinsatz zehn Geflüchtete aus einer Unterkunft auf Grundlage des bayerischen „Polizeiaufgabengesetzes“ wegen „drohender Gefahr“ in Gewahrsam genommen. Der Vorfall wird in einem Beitrag im Deutschlandfunk am 12. Juli 2018 dargestellt:

https://www.deutschlandfunk.de/rechtsstaat-hinter-gittern-bayerns-polizeigesetz-in-aktion.862.de.html?dram:article_id=422785

Bundesweite Recherche zu sog. "Anker-Zentren" BuzzFeed News hat in den vergangenen Wochen eine Übersicht über die aktuellen Positionierungen der Bundesländer zu den sog. "Anker-Zentren" erhoben und die bislang bestätigten Standorte erfasst. Dabei ergaben sich Abweichungen zu einer im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kursierenden Liste: vier der dort genannten Standorte konnten als "wieder dementiert" verzeichnet werden. BuzzFeed vom 13. Juli 2018:

<https://www.buzzfeed.com/de/marcusengert/ankerzentren-standorte-seehofer-bundeslaender-fluechtlinge>

Hart an der Grenze

Die Große Koalition will ihre „Transferzentren“ einführen. Sind die ein rechtsfreier Raum? Beitrag im Freitag, Ausgabe 28/2018:

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/hart-an-der-grenze-1>

Keine Schlupflöcher für Menschenrechtsverletzungen!

Pressemitteilung des Berliner Bündnis gegen Abschiebungen nach Afghanistan vom 12. Juli 2018:

<https://oplatz.net/keine-schlupflocher-fur-menschenrechtsverletzungen-pressemitteilung-des-berliner-bundnis-gegen-abschiebungen-nach-afghanistan-12-07-2018/>

Berliner Anti-Terror-Ermittler unter Rechtsextremismus-Verdacht

Ein Beamter des LKA soll in einer SMS an seinen Vorgesetzten eine Codeformel für den Nazi-Gruß "Heil Hitler!" genutzt haben. Beide Staatsschützer arbeiteten für das Kommissariat, welches für den Breitscheidplatz-Attentäter Anis Amri zuständig war. rbb vom 12. Juli 2018:

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/07/rechtsextremismus-verdacht-gegen-anti-terror-ermittler-berliner-polizei.html>

Suizid nach Abschiebung

Pressemitteilung des Bayerischen Flüchtlingsrats vom 11. Juli 2018 zum Suizid eines 23-jährigen Mannes aus der Provinz Balkh in Afghanistan, der nach acht Jahren in Deutschland aus Hamburg abgeschoben wurde.

Kein Schlussstrich! - tausende demonstrieren nach NSU-Urteil für weitere Aufklärung

Zum Tag der Urteilsverkündung gegen die im NSU-Prozess Angeklagten rief die Kampagne „Kein Schlussstrich“ bundesweit zu Demonstrationen auf, um damit deutlich zu machen, dass auch nach der Urteilsfindung etliche Zusammenhänge und Hintergründe in der Neonazi-Mordserie bisher weiter unaufgeklärt sind und der strukturelle Rassismus insbesondere in den Ermittlungsbehörden nicht aufgearbeitet wurde. Bericht in der Berliner Zeitung zur „Kein Schlussstrich!“ - Demonstration in Berlin:

<https://www.berliner-zeitung.de/berlin/-kein-schlussstrich--linke-gruppen-demonstrieren-in-berlin-30946090>

Kleine Auswahl aus der Berichterstattung zur Urteilsverkündung im NSU-Prozess

Tausende Demonstranten fordern weitere Aufklärung

Neue Presse vom 11. Juli 2018:

<http://www.neuepresse.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Nach-NSU-Urteil-Tausende-Demonstranten-fordern-weitere-Aufklaerung>

Lebenslange Haft für Beate Zschäpe

Die taz vom 11. Juli 2018:

<https://www.taz.de/%215521706/>

Weitere Aufklärung zu den NSU-Ermittlungen gefordert

rbb vom 11. Juli 2018:

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/07/nsu-prozess-untersuchungsausschuss-linke-brandenburg.html>

Brandenburg und der NSU-Prozess - Von "Piatto" zum Justizchaos der 90er Jahre

rbb vom 11. Juli 2018:

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/07/urteil-nsu-prozess-nsu-untersuchungsausschuss-landtag-brandenburg.html>

Urteil im NSU-Prozess: Es darf noch nicht vorbei sein

Kommentar auf standard.at am 11. Juli 2018:

<https://derstandard.at/2000083253822/Urteil-im-NSU-ProzessEs-darf-noch-nicht-vorbei-sein>

Das Urteil über Beate Zschäpe ist kein Schlussstrich unter der Akte NSU

Kommentar in der Neue Zürcher Zeitung vom 11. Juli 2018:

<https://www.nzz.ch/international/nsu-urteil-ueber-beate-zschaepe-ist-kein-schlussstrich-ld.1402722>

NSU-Aufarbeitung mit Prozessende nicht abgeschlossen

Die Ombudsfrau der Bundesregierung für die Hinterbliebenen der NSU-Opfer, Barbara John, im Gespräch über die Aufarbeitung der Mordserie sowie die Gefühle und Erwartungen der Angehörigen - MiGAZIN vom 10. Juli 2018:

http://www.migazin.de/2018/07/10/interview-barbara-john-nsu-aufarbeitung/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter

„Ein Kompendium der Abschottung und der Restriktionen“

Presseerklärung von Pro Asyl vom 10. Juli 2018 zu Seehofers „Masterplan“:

http://go.proasyl.de/nl/o56x/1z1yi.html?m=AM4AAA9YtN0AASZgoAwAAFP_43UAAAAAEhMAFqrwAAS0dQBbRLKqocIcKRRQEy6mhWT15OhpwAEgik&b=d8a94232&e=26f46be9&x=GUG-Fgcs0ZNZlpE6oTM7sg

Der „Masterplans Migration“ ist abrufbar unter:

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/masterplan-migration.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Je weniger Flüchtlinge, desto größer die Hysterie

Kommentar von Franz Alt vom 10. Juli 2018 auf telepolis:

<https://www.heise.de/tp/features/Je-weniger-Fluechtlinge-desto-groesser-die-Hysterie-4106695.html>

"Aktionismus, der viel Schaden anrichtet"

In einem Gastkommentar auf der Informations-Plattform MEDIENDIENST-INTEGRATION vom 9. Juli 2018 kritisiert der Migrationsforscher Werner Schiffauer den „Masterplan Migration“. Das Papier sei lediglich darauf ausgerichtet, Flüchtlinge abzuschrecken:

<https://mediendienst-integration.de/artikel/aktionismus-der-viel-schaden-anrichtet.html>

Flughafenverfahren: Sozialpädagogin: „Kaum Zeit für Beratung“

Im Transitbereich des Flughafens München werden Menschen, die bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben, festgehalten – in einer mit Stacheldraht umzäunten Unterkunft. Ein sogenanntes Flughafenverfahren wird dort schon lange praktiziert. Die Sozialpädagogin Jessica Gürtler kümmert sich seit November 2017 um die Menschen. Im Gespräch erklärt sie, wie das Verfahren abläuft. MiGAZIn vom 9. Juli 2018:

<http://www.migazin.de/2018/07/09/flughafenverfahren-sozialpaedagogin-kaum-zeit-beratung/>

[utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter](http://www.migazin.de/2018/07/09/flughafenverfahren-sozialpaedagogin-kaum-zeit-beratung/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter)

„Klappt schon bei Flughafenverfahren kaum“

Das 48-Stunden-Problem: Warum Merkels und Seehofers Asylzeitplan so unrealistisch ist - berichtet der Focus am 7. Juli 2018:

https://www.focus.de/politik/deutschland/klappt-schon-bei-flughafenverfahren-kaum-das-48-stunden-problem-warum-merkels-und-seehofers-asylzeitplan-so-unrealistisch-ist_id_9218781.html

Gewerkschaften widersprechen sich

Unterschiedlich bewerten die Polizeigewerkschaften die geplanten Transitzentren für Migrant_innen. Die Bundespolizeigewerkschaft begrüßt die Pläne. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hält diese für rechtlich fragwürdig und nicht praktikabel. Der Mannheimer Morgen am 6. Juli 2018:

https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-politik-gewerkschaften-widersprechen-sich-_arid,1278174.html

"Stell Dir vor, Du ertrinkst und keiner sieht hin"

Über zehntausend Teilnehmende bei der Seebrücke-Demonstration (Die SEEBRÜCKE ist eine internationale Bewegung, getragen von verschiedenen Bündnissen und Akteur_innen der Zivilgesellschaft) am 7. Juli 2018 in Berlin. Dazu Presseberichte der taz, des rbb und der Berliner Zeitung, jeweils vom 7. Juli 2018:

<https://www.taz.de/!5519391/>

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/07/demonstration-berlin-seenotrettung--fluechtlinge-mittelmeer-seebruecke.html>

<https://www.berliner-zeitung.de/berlin/demo-fuer-seenotrettung-in-berlin--stell-dir-vor--du-ertrinkst-und-keiner-sieht-hin--30923078>

„Familiennachzug rettet Menschen – Grenzregime töten“

Am 6. Juli 2018 hat der Bundesrat das Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten ([Familiennachzugsneuregelungsgesetz](#)) gebilligt. Die Initiative ‚Familienleben für Alle!‘ kritisiert das Gesetz „als Teil des deutschen Grenzregimes, das Tote in Kauf nimmt“. Die Pressemitteilung der Initiative vom 6. Juli 2018 als [PDF](#).

„Haltlose Vorwürfe“

Der Zuwanderungsbeauftragte von Schleswig-Holstein Stefan Schmidt ist wütend über „haltlose Vorwürfe“ gegen das Seenotrettungsschiff „Lifeline“. [Pressemitteilung](#) des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 6. Juli 2018.

Gespensterdebatte

BAMF-Skandal - Wie Politik und Medien Stimmung machen. Das ARD-Magazin Monitor am 5. Juli 2018 mit einem gut recherchierten Beitrag:

<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-bamf-skandal---wie-politik-und-medien-stimmung-machen-100.html>

„Krasse falsche Vorwürfe“

Lesenswertes Interview mit Sofia Leonidakis (Die Linke) zu dem Thema, mit dem noch vor wenigen Wochen die Republik verhetzt wurde: dem angeblichen "BAMF-Skandal" in Bremen. Taz vom 28. Juni 2018:

<https://www.taz.de/Archiv-Suche!/5513753&s=Linksfraktion/>

„Starthilfe Plus macht Grundrecht zur Handelsware“

Zahlen zur "Rückkehrhilfe" REAG/GARP und zum "StarthilfePlus"-Programm gibt es infolge einer Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. Ulla Jelpke (Linksfraktion) kommentiert die Zahlen auf ihrer Homepage am 5. Juli 2018 und stellt auch die Antwort der Bundesregierung zum Download bereit (die noch nicht als Bundestags-Drucksache Vorliegt):

<https://www.ulla-jelpke.de/2018/07/starthilfe-plus-macht-grundrecht-zur-handelsware/>

Der Donaukurier vom 5. Juli 2018 berichtete:

<https://www.donaukurier.de/nachrichten/topnews/Deutschland-Fluechtlinge-Regierung-Irak-Afghanistan-Linke-Parteien-Knapp-12-000-Fluechtlinge-verliessen-Deutschland-gegen-Praemie-wieder;art154776,3837868>

Sammelabschiebung nach Afghanistan

Am 3. Juli 2018 fand der erste Sammelabschiebeflug nach Afghanistan seit dem Bekanntwerden des neuen Lageberichts des Auswärtigen Amtes statt. Dem Bayerischen Flüchtlingsrat waren allein 18 Afghanen bekannt, die für diesen Flug vorgesehen waren. Pro Asyl weist darauf hin dass der Lagebericht keinesfalls von einer verbesserten Sicherheitslage und Situation für Rückkehrer_innen ausgeht:

<https://www.proasyl.de/news/meinungsstark-aber-faktenarm-abschiebepolitik-zu-afghanistan/>

Die Behauptung, es gäbe sichere Regionen, die eine Abschiebung nach Afghanistan rechtfertigen, kann weniger denn je aufrecht erhalten werden. Dazu auch ganz passend ein Feature, das am 3. Juli auf Deutschlandfunk lief. Darin wird beschrieben, wie deutsche „Entwicklungszusammenarbeit“ dazu beiträgt, islamistische Warlords, die z.B. in der Region Kundus wie Alleinherrscher regieren, durch die Gelder der Bundesregierung zu stärken:

https://www.deutschlandfunk.de/die-fehler-der-aufbauhilfe-in-afghanistan-deutschland-hilft.1247.de.html?dram:article_id=420453

„Zählen will gelernt sein“

Seehofer befeuerte den Asylstreit mit der Ankündigung, 2018 könnten bis zu 220.000 Zuwanderer ins Land kommen. Die Angabe ist jedoch nicht gedeckt. Die taz vom 2. Juli

2018:

<https://www.taz.de/Asylzahlen-des-Bundesinnenministers/15518102/>

Bootsflüchtlinge ins Wendland

Die Gruppe grüne X soli im Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg fordert Flüchtlinge der Lifeline im Landkreis aufzunehmen (2. Juli 2018):

<https://www.nds-fluerat.org/32937/aktuelles/bootsfluechtlinge-ins-wendland/>

„Gipfel der Inhumanität“

Presseerklärung von Pro Asyl am 29. Juni 2018 zu den Ergebnissen des EU-Gipfels in Brüssel:

[http://go.proasyl.de/nl/o56x/1z13k.html?](http://go.proasyl.de/nl/o56x/1z13k.html?m=AMsAAA3yGLsAASZIoAwAAFp_43UAAAAAEhMAFqrwAAS0dQBbNeqqO5WGp)

[m=AMsAAA3yGLsAASZIoAwAAFp_43UAAAAAEhMAFqrwAAS0dQBbNeqqO5WGp](http://go.proasyl.de/nl/o56x/1z13k.html?m=AMsAAA3yGLsAASZIoAwAAFp_43UAAAAAEhMAFqrwAAS0dQBbNeqqO5WGp)
[wIUQOOk012MwQlbXgAEgik&b=555eabec&e=146000e3&x=GUg-](http://go.proasyl.de/nl/o56x/1z13k.html?m=AMsAAA3yGLsAASZIoAwAAFp_43UAAAAAEhMAFqrwAAS0dQBbNeqqO5WGp)
[Fgcs0ZNZlpE6oTM7sg](http://go.proasyl.de/nl/o56x/1z13k.html?m=AMsAAA3yGLsAASZIoAwAAFp_43UAAAAAEhMAFqrwAAS0dQBbNeqqO5WGp)

ver.di Resolution gegen Kriminalisierung der Seenotrettung

Der ver.di Gewerkschaftsrat (das höchste ehrenamtliche Gremium) hat am 28. Juni 2018 eine [Resolution](#) gegen die Kriminalisierung der Lifeline-Crew und der Seenotrettung beschlossen.

Evangelische Kirche kritisiert Verschärfungen fürs Kirchenasyl

<https://www.epd.de/zentralredaktion/epd-zentralredaktion/evangelische-kirche-kritisiert-versch%C3%A4rfungen-f%C3%BCrs-kirchenasyl>

Auch die Caritas in Niedersachsen kritisierte die Verschärfungen:

<https://www.nds-fluerat.org/32750/aktuelles/kritik-an-aenderungen-beim-kirchenasyl/>

Das Protokoll der letzten Innenministerkonferenz - [PDF](#).

„Wir retten Leben, wen retten Sie?“

Ein offener Brief der „Lifeline“ an Horst Seehofer vom 27. Juni 2018:

<https://mission-lifeline.de/de/presse/offener-brief-an-den-innenminister-wir-retten-leben-wen-retten-sie>

Seenotrettungsschiff Lifeline: Willkommen in Niedersachsen

Presseinformation des Flüchtlingsrat Niedersachsen vom 27. Juni 2018:

<https://www.nds-fluerat.org/32866/aktuelles/seenotrettungsschiff-lifeline-willkommen-in-niedersachsen/>

Gemeinsamer Aufruf zum CSD 2018: „Keine Ausgrenzung von LSBTIQ* und anderen Geflüchteten!“

Anlässlich der diesjährigen Christopher Street Days (CSDs) in Kiel und in Lübeck am 28. August 2018 hat sich ein Bündnis aus Flüchtlings- und Migrant_innenorganisationen, Antidiskriminierungsfachstellen, Wohlfahrtsverbänden sowie LSBTIQ* und kirchlichen Organisationen gebildet, das zur Wahrung und Achtung der Rechte Geflüchteter aufruft - Aufruf als [PDF](#).

"Kluge Migrationspolitik setzt nicht auf einseitige nationale Dauerlösungen"

Ein langes, umfassendes Interview des Europarechters Daniel Thym im Deutschlandfunk vom 24. Juni 2018 zum Dublin-System. Zurückweisungen an der Grenze sind illegal, sagt

Thym:

http://www.deutschlandfunk.de/europarechtler-zu-asyldebatte-kluge-migrationspolitik-setzt.868.de.html?dram:article_id=421130

„Asylrecht: Auch ich bin das Volk!“

'In meinem Namen sollen Menschen in Kriegsgebiete abgeschoben werden? Zu meiner Sicherheit werden Menschen in Lagern festgehalten? Ich will das ganz bestimmt nicht'. Ein Kommentar von Julia Eckert, Professorin für Sozialanthropologie an der Universität Bern auf zeit.de:

<https://www.zeit.de/kultur/2018-06/asylrecht-volk-deutschland-identitaet-unterstuetzung-asyl>

Vergewaltigung ist ein Asylgrund

Die aktuelle Asylpolitik gefährdet geflüchtete Frauen - Fünf Forderungen von medica mondiale zum Tag gegen sexualisierte Gewalt in Konflikten am 19. Juni und zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni unter:

<https://www.medicamondiale.org/nc/presse/pressemitteilungen/nachrichten-details/aktuelle-asylpolitik-gefaehrdet-gefluechtete-frauen.html>

Monika Hauser und Jessica Mosbahi von medico mondiale erläutern, wie sexualisierte Gewalt und Flucht zusammenhängen und was sich ändern muss, um Frauen auf allen Stationen ihrer Flucht zu schützen (13. März 2018):

<https://heimatkunde.boell.de/2018/03/13/frauen-flucht-und-sexualisierte-kriegsgewalt-ein-politisches-forderungspapier>

„Auf der abschüssigen Bahn“

Jesuiten-Flüchtlingsdienst (Jesuit Refugee Service, JRS) zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2018 - [PDF](#).

„Ich schäme mich“

„Ich möchte mich entschuldigen, bei den Menschen, die ertrinken werden, obwohl Europa das verhindern könnte.“ Grünen-Politiker Erik Marquardt war mit Flüchtlingsrettern auf dem Mittelmeer unterwegs. Ein Gastbeitrag zum Weltflüchtlingstag im Der Tagesspiegel vom 20. Juni 2018:

<https://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-auf-dem-mittelmeer-ich-schaeme-mich/22710900.html/>

EU: Asylbewerberzahlen in ersten Monaten 2018 gesunken

Die Zahl der Asylbewerber in Europa ist gesunken. MiGAZIN vom 20. Juni 2018:

http://www.migazin.de/2018/06/19/europa-asylbewerberzahlen-in-ersten-monaten-2018-gesunken/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter

"Bamf-Mitarbeiter sollen wieder stolz auf ihre Arbeit sein"

Der neue Bamf-Chef Sommer sieht viele Mitarbeiter zu Unrecht an den Pranger gestellt. Sommers wichtigste Aufgabe sei, das Personal zu motivieren, sagt der Innenminister. Zeit.de am 20. Juni 2018:

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-06/hans-eckhard-sommer-bamf-ruf-schnelle-asylverfahren>

Statistik über neue Todesopfer rechter Gewalt

Seit 1990 sind laut Bundesregierung 83 Menschen in Folge rechtsextremistischer oder rassistischer Gewalt ums Leben gekommen. Das geht aus einer [Antwort der Bundesregierung](#) auf eine Anfrage der Linksfraction (Petra Pau u.a.) hervor.

Zivilgesellschaftliche Initiativen kommen auf deutlich höhere Zahlen. So geht die "Amadeu Antonio Stiftung" von mindestens 193 Todesopfern aus. Weitere Informationen zu rechtsextremistischen Straftaten hier:

<https://mediendienst-integration.us6.list-manage.com/track/click?u=ca7dd968b62431ceb99a227f1&id=789002f4cd&e=c32be90dac>

[Das Problem heißt Rassismus](#)

Antiziganismus muss ernst genommen werden

[Stellungnahme](#) von Amaro Foro zu dem Schuss auf ein Roma-Mädchen am 18. Juni 2018 in Berlin.

"Solidarität statt Heimat" - Aufruf gegen Rassismus in der öffentlichen Debatte

Das Institut Solidarische Moderne (ISM), medico international und kritnet fordern eine klare Positionierung gegen Rassismus und wenden sich gegen eine Politik des Ressentiments. Hier geht es zu dem Aufruf und zum Unterschreiben:

<https://solidaritaet-statt-heimat.kritnet.org/>

Keine Verdrängung des Obeliskens aus dem Zentrum Kassels

Über die Arbeit des nigerianisch/US-amerikanischen documenta-14-Künstlers Olu Oguibe gibt es in den letzten Monaten eine kontrovers geführte Diskussion. Aus Protest gegen den Versuch, das Kunstwerk vom Königsplatz in Kassel zu versetzen und ihm damit eine zentrale Dimension seiner Bedeutung zu rauben, wurde eine mehrsprachige Petition entwickelt.

<https://www.openpetition.de/petition/online/ich-war-ein-fremder-und-du-hast-mich-aufgenommen-stoppt-die-verdraengung-des-obeliskens>

[Bücher/Broschüren/Ratgeber/Materialien](#)

„Handlung als Haltung“

Vortrag von Mely Kiyak, Autorin und Kolumnistin, beim Symposium „Flüchtlingsschutz in Europa – Auslaufmodell oder Neuanfang?“ am 25./26. Juni 2018, abrufbar auf der Homepage der Evangelischen Akademie Berlin:

<http://www.eaberlin.de/nachlese/chronologisch-nach-jahren/2018/vortrag-mely-kiyak/>

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: Aktueller [Länderbericht Mazedonien](#)

Der österreichische Ratsvorsitz und die Asylpolitik in Europa - Was ist zu erwarten?

[Policy Brief 2018-02](#) des Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM).

Die utopische Kraft der Städte

Viele Städte wollen Menschen direkt aufnehmen. Wird es konkret, stehen sie jedoch schnell vor hohen Hürden. Ein Artikel in der WOZ/Die Wochenzeitung vom 5. Juli 2018:
<https://www.woz.ch/-8e48>

„Das Wörterbuch der Verschleierung“

In der deutschen Debatte um Asyl und Flüchtlinge werden viele Begriffe verwendet, die Fakten und Zusammenhänge vernebeln. Ein kritisches, kommentierendes Glossar auf zeit.de vom 13. Juli 2018:

<https://www.zeit.de/kultur/2018-07/rhetorik-sprache-alexander-dobrindt-worterfindungen-woerterbuch>

Blog: "Flüchtlingsforschung gegen Mythen"

In öffentlichen Debatten über Geflüchtete kursieren immer wieder Zahlen und Einschätzungen, die sich mit Fakten nicht belegen lassen. Auf dem Blog des "Netzwerks Flüchtlingsforschung" greifen Expert_innen Zitate von Politikern auf und stellen sie wissenschaftlichen Erkenntnissen gegenüber. Die aktuelle Ausgabe enthält auch einen Beitrag des Rechtswissenschaftlers Constantin Hruschka, der sich kritisch mit dem Begriff "Asyltourismus" auseinandersetzt:

<https://mediendienst-integration.us6.list-manage.com/track/click?u=ca7dd968b62431ceb99a227f1&id=e2bb6f10ba&e=c32be90dac>

Aktuelle Stunde im Bundestag zur Seenotrettung im Mittelmeer und zur konkreten Situation der "lifeline"

Das [Protokoll](#) der Debatte am 27. Juni 2018.

Standards zu Abschiebungen und zur Abschiebehaft

Im Jahresbericht 2017 der "Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter" werden Standards zu Abschiebungen sowie zur Abschiebungshaft und zum Ausreisegewahrsam formuliert (S. 16 - 20). Zudem finden sich Berichte über Abschiebungsbeobachtungen und Besuche in Abschiebungs- und Ausreisegewahrsamsanstalten (S. 41 - 47). An der Diskussion zu den Abschiebungsstandards hatten auch einige Vertreter_Innen der Flüchtlingsräte teilgenommen. Der gesamte Jahresbericht 2017 des CPT hier als [PDF](#).

Neues Online-Beratungsangebot für LSBTI-Geflüchtete

http://www.sendcockpit.com/appl/ce/software/code/ext/_ns.php?&uid=a1d13fca4322dd3e064d3dc2cc31d2f4

Ab sofort kann beim Bildungs- und Sozialwerk des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg das Handbuch „Schutz finden in Deutschland: Fragen und Antworten für LSBTI*-Geflüchtete“ unter [support8at\[at\]lsvd.de](http://support8at[at]lsvd.de) kostenfrei bezogen werden. Darüber hinaus ist es Online abrufbar unter:

<https://berlin.lsvd.de/downloads>

Friedrich-Ebert-Stiftung: Newsletter zum Thema Flucht, Migration, Integration 06/2018

<https://www.fes.de/newsletter-flucht-migration-integration-062018/>

Kompass – AntiRa – Newsletter Nr. 70, Juni 2018 - [PDF](#).

Bordermonitoring.eu - Aktueller Newsletter zu Ungarn, Serbien/Kroatien, Bulgarien

und
Türkei - [PDF](#).

"Viele Fragen, zu viele Antworten? Die Transparenz des Asyl- und Aufnahmesystems für Flüchtlinge"

Studie des Forschungsbereichs des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration und der Robert Bosch Stiftung (Juni 2018), zum Download abrufbar unter:

<https://www.svr-migration.de/publikationen/systemtransparenz/>

„Junge Geflüchtete auf dem Weg in Ausbildung“

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) veröffentlichte in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit [Ergebnisse der BA/BIBB-Migrationsstudie 2016](#)

25. aktualisierte Auflage der Dokumentation "Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen " (1993 bis 2017)

Die Dokumentation umfasst drei Hefte (DIN A4). Sie kosten zusammen 30 Euro plus 5,00 Euro Porto und Verpackung. Pressemitteilung der ARI-Antirassistische Initiative vom Mai 2018, Einzelbeispiele zum Inhalt und Informationen zur neuen Datenbank und Suchmaschine, der ARI-WEB-DOKUMENTATION hier:

<https://www.ari-dok.org/presse/>

Anlässlich des Weltflüchtlingstages sind zwei umfangreiche Berichte erschienen: Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR bietet mit seinen "Global Trends 2017" einen Überblick über die wichtigsten Zahlen zu Vertreibung, Flucht und Asyl weltweit:

[https://mediendienst-integration.us6.list-manage.com/track/click?
u=ca7dd968b62431ceb99a227f1&id=d46cf8de4e&e=e9115f62b0](https://mediendienst-integration.us6.list-manage.com/track/click?u=ca7dd968b62431ceb99a227f1&id=d46cf8de4e&e=e9115f62b0)

Von der OECD erschien der "Migration Outlook 2018". Erstmals werden darin auch die Auswirkungen von Migration auf den Arbeitsmarkt verschiedener Länder verglichen:

[https://mediendienst-integration.us6.list-manage.com/track/click?
u=ca7dd968b62431ceb99a227f1&id=3e83b3f113&e=e9115f62b0](https://mediendienst-integration.us6.list-manage.com/track/click?u=ca7dd968b62431ceb99a227f1&id=3e83b3f113&e=e9115f62b0)

Stellenausschreibungen

Für Nachfragen bitte direkt an die Ausschreibenden wenden, nicht an den Flüchtlingsrat.

- Buchhaltungs- und Verwaltungskraft beim [Bundesfachverband umF](#).

- der [Sächsische Flüchtlingsrat](#) sucht ein_e neue_n Mitarbeiter_in in der sozialen Betreuung, befristet bis 31.01.2019, Teilzeit (20 Stunden/Woche), Bewerbungsfrist 20. Juli 2018 (!)

- Sozialpädagogin/-pädagogen oder Sozialarbeiter/-in für die Sozialberatung von Flüchtlingen in der Gemeinschaftsunterkunft [Refugium](#) (Vertragswohnheim des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten) in Berlin-Wedding.

Flüchtlingsrat Brandenburg

Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel.: 0331 - 716 499
Fax: 0331 - 887 15 460

Im Flüchtlingsrat mitarbeiten ...

Regelmäßig findet eine öffentliche Sitzung des Flüchtlingsrates statt. Jede/r Interessierte ist herzlich eingeladen daran teilzunehmen. Infos dazu in der Geschäftsstelle.

Fördermitglied werden...

Wer den Flüchtlingsrat inhaltlich und/oder finanziell unterstützen möchte, kann dem Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrats beitreten. Infos dazu in der Geschäftsstelle.

Spenden...

Sie können /Ihr könnt den Flüchtlingsrat Brandenburg auch durch Ihre/Eure Spende unterstützen.

Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrats e.V
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam
IBAN: DE33 1605 0000 3501 0100 00
SWIFT-BIC: WELADED1PMB/